



aus Wiesbaden

Nr. 12 – März 2002

*Liebe Genossinnen und Genossen,
nun hat auch unsere Partei ihren Spendenskandal. Wir wissen noch nicht, wie viele Genossinnen und Genossen in Köln und anderen ehemaligen sozialdemokratischen Erbhöfen in die beschämenden Affären um falsche Spendenquittungen und Korruption beteiligt sind. Eins aber wissen wir schon ganz genau: der Landesvorsitzende der SPD von Nordrhein-Westfalen Harald Schartau hat von Anfang an Ernst gemacht mit seiner Ankündigung von Konsequenzen und Aufklärung. Ehrenerklärungen werden von möglicherweise betroffenen Parteifunktionären und Mandatsträgern verlangt, Parteiausschlussverfahren werden eingeleitet. Der schlechte Geruch von innerparteilicher klammheimlicher Toleranz gegenüber Spenden- und Schwarzgeldschiebern und das Misstrauen gegenüber dem „Aufklärer“ macht sich nicht breit – das ist der fundamentale Unterschied zur Hessischen CDU-Schwarzgeldaffäre*

meint

*Heike Habermann
Landtagsabgeordnete*



Vorschulische Bildung großgeschrieben

Mit einem neuen Konzept will die SPD-Landtagsfraktion das Einschulungsalter herabsetzen und die Chancen der Kinder zu einem konfliktfreieren Schuleintritt erhöhen. Heute liegt in der Bundesrepublik das durchschnittliche Einschulungsalter der Kinder bei ungefähr 6,8 Jahren. Wir wollen, dass alle Kinder mit vollendetem sechsten Lebensjahr in die Schule kommen und dass ihre Chancen für eine erfolgreichere Teilnahme am Unterricht verbessert werden. Um dies zu erreichen, sollen alle Kinder mit fünf Jahren verpflichtend in eine vorschulische Einrichtung, in der Regel im Kindergarten, aufgenommen werden. Ziel ist, durch gezielte Angebote den Kindern den Eintritt in die Schule zu erleichtern. Insbesondere sprachliche Förderung wird ein Baustein des neuen Konzepts sein, an dem Erzieher und Erzieherinnen und Lehrer und Lehrerinnen gemeinsam mitwirken sollen. Nach der Landtagswahl wird eine neue sozialdemokratisch geführte Landesregierung 50 - 60 Millionen Euro für die Realisierung der einjährigen Vorschule zur Verfügung stellen. Damit sollen für jedes Kind zwischen fünf und sechs Jahren zwanzig Betreuungsstunden in der Woche finanziert werden, ohne dass Eltern Gebühren für diese Zeit zahlen oder die Kommunen einspringen müssen. Das Konzept Vorschule wird in den kommenden Monaten vor der Wahl vor Ort bei Fachleuten und Interessierten zur Diskussion gestellt, um ein möglichst praxisnahes Modell zu entwickeln.

Auf dem Rücken der Zuwanderer

Roland Koch weiß, was er will. Er wollte vor allem nicht auf die Chance verzichten, das Zuwanderungsgesetz im Wahlkampf zur Stimmungsmache missbrauchen zu können. So endeten alle Landtagsdebatten zu diesem Thema in einem Kotau der Hessischen FDP vor ihrem Koalitionspartner, der angeblich noch zu verhandelnde essentielle Punkte vorschob, um sein Nein zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zu begründen. Die von der Koalition beschlossene Anrufung des Vermittlungsausschusses war eine Farce, um die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes bis zur Bundestagswahl zu verzögern. Alle Einwände der CDU waren vorher im Verfahren berücksichtigt und Kompromisse im Gesetzestext vorgelegt worden. Und die Vorsitzende der Hessischen FDP Ruth Wagner hatte bereits in Zeitungsinterviews bekanntgegeben, sie halte das Gesetz für zustimmungsfähig. Die Abstimmung im Bundesrat am 22. März hat einen vorläufigen Schlusstrich unter das schäbige Treiben der CDU unter Führung des Hessen Koch und des CDU-Kanzlerkandidaten aus Bayern gesetzt. Es bleibt zu befürchten, dass beide vor einer Verfassungsklage nicht zurückschrecken, um wieder einmal auf dem Rücken bei uns lebender Ausländer und Ausländerinnen und potentieller Zuwanderer Wahlkampf zu machen.



Kommt ein Vogel geflogen....

Mittelspechte, Grauspechte, Schwarzspechte – alle vogelkundlichen Laien wussten bisher noch nicht einmal von ihrer Existenz. Aber sie gehören allesamt zu den besonders schützenswerten Vögeln und nisten und brüten ausgerechnet dort, wo Fraport gerne eine Landebahn für den Frankfurter Flughafen hinbauen möchte. Und zwar im Süden und im Norden – Pech für den Flughafen, aber trotzdem letztlich kein Ausbauhindernis. Nach den einschlägigen EU-Richtlinien müssen zwar drei Gebiete als Vogelschutzgebiete unter Schutz gestellt werden. Aber eine Aufhebung eines Vogelschutzgebietes ist im Rahmen des Ausbaus immer noch möglich, und zwar dann, wenn keine umweltverträglichere Möglichkeit besteht. Im Klartext heisst das, beim Anflug auf eine Nordlandebahn müssen die Flugzeuge dann all den vielen Spechten ausweichen – oder umgekehrt? Eins aber ist deutlich: wenn wir Menschen den Ausbau nicht verhindern, die Vogelwelt allein wird es nicht schaffen!



In den letzten Zügen liegend...

Bei einem Besuch im Staatsarchiv Darmstadt verursachte Justizminister Wagner einen Einsatz der Darmstädter Berufsfeuerwehr, weil er ein Zigarillo in der Rauchverbotszone rauchte. In einer Anfrage an die Landesregierung wollten einige Abgeordnete der SPD der Sache auf den Grund gehen. Hier Auszüge aus der Antwort: „Das Rauchverbot war für Staatsminister Dr. Wagner zunächst nicht zu erkennen. Erst nachdem er sich einen Zigarillo angezündet und einige Züge genommen hatte, wurde er von einem Anwesenden auf das Rauchverbot hingewiesen. Er entschloss sich, den Konsumvorgang dieses - zum Hinweiszeitpunkt etwa hälftig aufgebrauchten – Zigarillos vollständig zu beenden. In den letzten Zügen liegend, geriet er dann in den Bereich unter dem empfindlichen Rauchmelder, der unmittelbar den Alarm auslöste. Selbst durch das missbräuchliche Verwenden eines Sektglases zum sicheren Auslösen des Zigarillos konnte die Alarmauslösung nicht angehalten werden.“ – Honi soit qui mal y pense!

Kommt gut in den Frühling!